



Inhaltsverzeichnis

02.11.2025	Markt im Dritten (NDR): Verschärfte Bedrohungslage: Flugverbotszone über Atomlager Lubmin	3
01.11.2025	Lausitzer Rundschau Cottbus: Wie ein Kernkraftwerk langsam verschwindet	5
04.11.2025	Märkische Allgemeine - Ruppiner Tageblatt: Experten suchen Orte für Atommüllendlager in Brandenburg	7
02.11.2025	NDR: Atommüll-Endlager: Neue Details zu möglichen Standorten	9
03.11.2025	WDR: Atommüll: Mehr Tempo bei der Endlagersuche?	9
28.10.2025	Schattenblick: ATOM/1379: Endlagersuche - Was wird aus den Tongebieten in Norddeutschland? (BI Lüchow-Dannenberg)	9
03.11.2025	sueddeutsche.de: Noch 25 Prozent der deutschen Landesfläche kommen für Endlager infrage	12
03.11.2025	taz.de: Endlagersuche für Atommüll: Neues bei der 1-Million-Jahre-Frage	13
03.11.2025	stern.de: Schneider will Atomendlager-Suche beschleunigen - Fachleute legen Bericht vor	14
03.11.2025	ZDFHeute: Atomendlager: Bericht grenzt mögliche Gebiete deutlich ein	15
03.11.2025	NDR: Atommüll-Endlager: Norddeutschland kommt noch großflächig infrage	17
30.10.2025	einblicke: Was ist los in der Asse?	18
31.10.2025	ZEIT online: Energiegewinnung: Bundesländer gründen Allianz zur Fusionsforschung	19
03.11.2025	Leipziger Volkszeitung Stadt Leipzig: Sachsen will sich an Bau von Fusionsreaktor beteiligen	21
03.11.2025	Süddeutsche Zeitung: Atommüll? Nein danke	22

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



Markt im Dritten (NDR)

Verschärfte Bedrohungslage: Flugverbotszone über Atomlager Lubmin

2. November 2025 08:43 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Stand: 02.11.2025 08:43 Uhr Über dem **Atommüll-Zwischenlager Nord** in Lubmin soll eine Flugverbotszone eingerichtet werden. Der Bund begründet die Entscheidung mit einer Bedrohungslage, die sich auch durch Drohnen verschärft habe.

von Martina Rathke

Als Reaktion auf die verschärfte Bedrohungslage plant der Bund eine Flugverbotszone über dem **atomaren Zwischenlager Nord** in Lubmin. "Die aktuellen technischen Entwicklungen im Bereich der Drohnen und die sich hieraus ergebende potenziell geänderte Bedrohungslage stellen die Behörden vor neue Herausforderungen", begründete ein Sprecher des für **nukleare** Sicherheit zuständigen Bundesumweltministeriums die Entscheidung.

Alle zentralen Zwischenlager betroffen

Betroffen von der Verfügung sind neben dem Zwischenlager Lubmin auch die westdeutschen **Atommülllager** in Gorleben und Ahaus. In Kraft treten soll das Verbot am 19. März kommenden Jahres. Die Zone umfasst einen Durchmesser von 1,5 Kilometern und eine Höhe von gut 600 Metern über den Zwischenlagern. Bislang gilt ein Flugverbot nur für **Atomkraftwerke**. Eingerichtet wurde es nach den Terroranschlägen des 11. September 2001. Vom Bundesumweltministerium heißt es, dass sich Bund und Länder einig seien, dass nun auch ein angepasster Schutz der Zwischenlager vor Angriffen aus der Luft unerlässlich sei.

Drohnen über dem Zwischenlager

Über dem **EWN-Gelände** mit dem **Zwischenlager Nord**, in dem 74 Castoren mit hochradioaktivem Abfall lagern, waren in den vergangenen drei Jahren auch Drohnen unbekannter Herkunft gemeldet worden. Dabei soll es sich nach NDR Informationen nicht nur um kleine Hobbydrohnen gehandelt haben. Sie könnten möglicherweise Anlagen ausspioniert haben.

Verbot erhöht Hemmschwelle für Überflüge

Der Betreiber des Zwischenlagers, die **EWN** GmbH, begrüßte die Entscheidung des Bundes. Die Einrichtung einer Flugverbotszone schränke Überflüge ein und erleichtere das Erkennen und Verfolgen von

Verstößen, so ein EWN-Sprecher. Ein Verbot erhöhe zudem die Hemmschwelle für Überflüge und verbessere die rechtliche Grundlage für Abwehrmaßnahmen.

Grundsätzlich sind Betreiber kritischer Infrastruktur für den Schutz ihrer Anlagen allein verantwortlich. Drohnensichtungen über Dänemark und Schleswig-Holstein hatten aber der Debatte über eine abgestimmte Drohnenabwehr neuen Schwung verliehen. Bund und Länder planen die Einrichtung eines Drohnenabwehrzentrums.

Innenminister: Gefährdungen frühzeitig eindämmen

Innenminister Christian Pegel (SPD) sagte, Flugverbotszonen über Einrichtungen der kritischen Infrastruktur seien ein Baustein, um Gefährdungen frühzeitig einzudämmen. Wichtig sei, dass sich die Innenministerkonferenz im Dezember zu den Zuständigkeiten des Bundes und der Länder, den erforderlichen Rechtsetzungen und einer möglichen bundeseinheitlichen technischen Ausstattung bei Fragen der Sicherheit im Luftraum positioniert. Im Sommer war eine Flugverbotszone über dem Fährhafen Sassnitz mit dem LNG-Terminal eingerichtet worden.

Höchste Zeit für Flugverbotszone

Für den Umweltverband BUND ist es für die Flugverbotszone über dem Zwischenlager "höchste Zeit". Schon bei der Genehmigung des Zwischenlagers Nord habe der Verband kritisiert, dass es keine Sicherheit gegen Flugzeugabstürze gebe, da es sich um eine Leichtbauhalle handelt, so Corinna Cwielag, Geschäftsführerin des BUND in MV.

Weil das bestehende Zwischenlager nicht mehr die erhöhten Anforderungen an den Terrorschutz erfüllt, wird derzeit ein neues Lager für die Castoren geplant. Es soll frühestens Anfang der 2030er-Jahre fertiggestellt sein.

Dieses Thema im Programm: NDR 1 Radio MV | Nachrichten aus Mecklenburg-Vorpommern | 02.11.2025 | 08:00 Uhr Schlagwörter zu diesem Artikel

Wie ein Kernkraftwerk langsam verschwindet

Atommüll Am Nehmitzsee 1 in Rheinsberg bilden Stacheldraht, Überreste aus DDR-Zeiten und strenge Sicherheitsvorgaben das Bild. Der Rückbau der Anlage kostet Milliarden – und zieht sich bis 2045. Von Burkhard Keeve

Die idyllisch klingende Adresse Am Nehmitzsee 1 täuscht. Auch der sechs Kilometer lange, einsame Weg mitten durch das walddreiche Naturschutzgebiet kann am Ende nichts beschönigen. Denn: Kein Ferienlager erwartet einen am Ende zwischen dem Nehmitzsee und dem Stechlinsee, sondern Stacheldraht und Mauern, die das riesige Areal des ehemaligen Atomkraftwerks Rheinsberg umgeben. Jetzt ist das Kernkraftwerk (KKW) wieder in die Schlagzeilen geraten.

Es ist wie eine Reise in die junge DDR-Vergangenheit und in ein Museum sowjetischer und sozialistischer Baukunst. Der erste verklärte Blick auf das geschwungene Treppengeländer im Verwaltungstrakt aus den 1960er-Jahren weicht allerdings schnell, wenn es durch die Personenschleuse geht. Unvermittelt wird einem bewusst, dass man mitten in der toxischen Müllhalde der Geschichte steht.

Mitarbeiter des KKW, früher waren es 600, jetzt sind es 130, müssen sich beim Betreten der Abrissbereiche nackt ausziehen, inklusive sauberer Socken und langer Unterhose in Sicherheitskleidung schlüpfen, Helm aufsetzen, Lampe anstecken, Atemschutz und Dosimeter überprüfen.

Klare Verhaltensregeln

Ohne diese Lebensversicherung geht niemand ins Innere des KKW. Radioaktiver Atommüll ist kein Spaß. Rund ein Viertel aller Gebäudeelemente ist kontaminiert. Von der Schraube über die Wandfarbe über Fußböden bis zum alten Drehstuhl aus Holz, der seit Jahrzehnten im Kontrollbereich im Einsatz war und in einem Container hinter ei-

nem Absperrband auf seine Vernichtung wartet.

Die Besucher dürfen die Unterwäsche anbehalten, Ringe müssen aber ab, Bartträger dürfen nicht mit rein, wegen der Atemschutzmaske. Es gibt klare Verhaltensregeln, die vorab vom Strahlenschutzbeauftragten erläutert werden: nicht von den vorgezeichneten Wegen abweichen, nichts unnötig anfassen, Anweisungen befolgen, ruhig bleiben.

70.000 Tonnen Beton warten aktuell auf den Abriss. Mehr als 300 Gebäude des Kontrollbereichs werden akribisch nach Rückständen untersucht. Einige liegen neun Meter tief in der Erde. In 27 Meter Höhe im Kontrollbereich der ehemaligen Wasseraufarbeitung ist zu sehen, wie die Suche nach einer Kontamination aussieht.

Sämtliche Farbe ist von den Wänden, keine alte Leitung, kein Dübel, keine Risse oder Rohre sind mehr da. Wände, Decken und Fußboden sind für die Probenentnahme wie ein Schweizer Käse mit Löchern versehen. Es sieht wie in einem Rohbau aus.

Seit 1998 wird das erste Kernkraftwerk der DDR zurückgebaut. Und es wird noch Jahrzehnte dauern. Voraussichtlich bis 2045. Eine Mammutaufgabe. Jedes Jahr kostet das den Steuerzahler 30 Millionen Euro. Denn der Bund hat das Atomkraftwerk in Rheinsberg nach der Wende geerbt. Ausschlagen konnte der Bund das DDR-Erbe übrigens nicht. Insgesamt 1,5 Milliarden Euro wird der Rückbau verschlingen.

Für den Rückbau der Anlage in Ostprignitz-Ruppin unweit von Menz ist die EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH zuständig. Die EWN ist

als 100-prozentiges Unternehmen des Bundes – Gesellschafter und Geldgeber ist das Bundesfinanzministerium – ein Spezialist in Sachen KKW-Rückbau. Auch das Atomkraftwerk in Lubmin bei Greifswald baut es zurück.

850 Millionen Euro Rückbaukosten stehen bereits auf den Rechnungen für das KKW. Da ist es nicht verwunderlich, dass jede Verzögerung, sei es durch Umweltauflagen beim Bau einer Baustellenstraße auf dem Betriebsgelände (Eidechsen mussten erst umgesiedelt werden) oder ein langwieriger Gerichtsprozess, eine teure Angelegenheit für das Abbau-Unternehmen sind.

EWN prüft Schadensersatzklage

Fast ein Jahr lang stritt sich das Brandenburger Umweltministerium, das in diesem Fall als Atomaufsichtsbehörde fungiert, mit dem Abriss-Betrieb EWN über eine Anordnung zum Arbeitsschutz. Am 14. Oktober entschied das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg (OVG) zugunsten von EWN.

Solange die juristische Auseinandersetzung dauerte, ruhten aber die Arbeiten in einem kontaminierten Bereich, in dem zwei 16 Meter lange Behälter mit radioaktivem Schlamm liegen. „Wir haben vorher schon mindestens vier ähnliche Behälter beprobt und anschließend entsorgt“, sagt Markus Lindner, seit Anfang des Jahres Geschäftsführer von EWN in Rheinsberg. „Für uns waren das Routinevorgänge“, so Lindner. Das Umweltministerium hatte neue Forderungen im Umgang mit den Behältern – und scheiterte damit vor Gericht.

Jetzt hofft Markus Lindner, dass die Arbeit an den beiden Schlammbehältern im November weitergehen kann. Für

das Land Brandenburg kann der monatelange Stopp der Rückbauarbeiten hingegen ein teures Nachspiel haben. Lindner: „EWN überlegt, ob sie eine Schadensersatzklage einreichen.“

Es hat noch einen anderen Grund, warum für die EWN der Fokus so sehr auf diesen beiden Behältern mit radioaktiven Schlämmen liegt. „Die Entleerung dieser Behälter ist der letzte entscheidende Baustein für die Wasserfreiheit der Anlage“, sagt Lindner.

Die Kosten in Rheinsberg liegen mit 1,5 Milliarden Euro in etwa so hoch wie beim Rückbau anderer, aber viel größerer KKW. Das Problem von Rheinsberg ist aber: Beim Bau des KKW in den 1960er-Jahren wurde nicht bereits an den Rückbau gedacht, so wie das heute der Fall ist. Undenkbar ist längst auch, dass ein AKW sein eigenes Endlager erhält wie das KKW Rheinsberg, das am 9. Mai 1966 in Betrieb ging und 24 Jahre später wieder vom Netz genommen.

In 27 Metern Höhe wird einem beim Rundgang durch den gefühlten Rohbau der ehemaligen Wasseraufbereitung eindringlich vor Augen geführt, warum der Rückbau so unfassbar lange dauert. Allein vier Monate braucht das Messteam für die Probenahme, zwei

Monate dauert es, bis das Labor die Ergebnisse für diesen einen rund 60 Quadratmeter großen Raum vorliegen hat. Erst mit der Freigabe kann dann dieser Teil des Industriemuseums aus DDR-Zeiten abgerissen werden.

Führungen möglich

Am Ende aller Wege soll aus den 190.000 Quadratmetern KKW Rheinsberg wieder eine grüne Wiese werden. In rund 20 Jahren. Dafür müssen aber erst noch neue Gebäude errichtet werden, etwa eine neue Personenschleuse oder eines für die neue Belüftung, wenn die alte Filteranlage abgeschaltet wird, die immer noch hörbar laut arbeitet.

Auch wenn es von außen so aussieht – Mauern, Stacheldraht und strenge Einlasskontrollen – das Atomkraftwerk Rheinsberg schottet sich nicht ab. Tatsächlich werden Führungen angeboten für Gruppen bis 15 Personen. Einfach anmelden.

Kontakt für Führungen: Irene Kraher, Tel. 033931 57203.

Die Geschichte des Kernkraftwerks Rheinsberg

Nachdem der Bau des Kernkraftwerks Rheinsberg 1956 beschlossen wurde, begannen 1960 die Bauarbeiten. 1966 wurde das Kraftwerk in Betrieb genommen. Im KKW Rheinsberg arbeiteten etwa 650 Menschen. Für die Belegschaft wurde in Rheinsberg ein Wohngebiet gebaut. Es ist noch heute unter dem Namen KKW-Siedlung bekannt. Der schwerste bekannte gegebene Störfall in Rheinsberg war ein Rohrbruch im Kühlkreislauf, der schnell bemerkt und repariert wurde. Die reguläre Abschaltung des Atomkraftwerks war für 1992 vorgesehen. Wegen erheblicher Sicherheitsbedenken wurde das Kernkraftwerk aber schon am 1. Juni 1990 außer Betrieb genommen. Die radioaktiv strahlenden Materialien werden per Castortransport in das Zwischenlager Nord beim KKW Greifswald transportiert. 2007 erfolgte dort der Transport des Reaktordruckbehälters. Im Bereich des Atomkraftwerks ist das Grundwasser aufgrund eines zu DDR-Zeiten geheimgehaltenen Störfalles radioaktiv kontaminiert. Im Lager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle, das aus schlichtem Beton errichtet worden war, traten in den 1970er-Jahren Risse auf, durch die laut Stasi-Akten damals 750 Tonnen kontaminiertes Wasser ausgetreten sind. ris

Wörter:	1.209	Jahrgang:	74
Autor/-in:	Burkhard Keeve	Nummer:	254
Seite:	21	Ausgabe:	Hauptausgabe
Ressort:	REGIONALES	Auflage ¹ :	10.474 (gedruckt)
Medienkanal:	PRINT		9.383 (verkauft)
Mediengattung:	Tageszeitung		9.542 (verbreitet)
Medientyp:	PRINT	Reichweite ² :	0,03611 (in Mio)

Urheberinformation: ©LR Medienverlag und Druckerei GmbH

¹IVW 3/2025

²AGMA ma 2025 Tageszeitungen

Experten suchen Orte für Atommüllendlager in Brandenburg

Eine Million Jahre soll der Atommüll sicher gelagert werden: Die Suche nach einem geeigneten Standort geht langsam voran - nun wurden einige Gebiete in Brandenburg als ungeeignet aussortiert

Eine Million Jahre soll der deutsche Atommüll sicher gelagert werden: Welche Regionen in Deutschland diesen hohen Sicherheitsansprüchen genügen, wird derzeit untersucht. Eine Karte zeigt, welche Gebiete in Brandenburg ungeeignet ausscheiden.

Teile Brandenburgs bleiben bei der Suche nach einem Atommüllendlager im Rennen. Das geht aus einem neuen Arbeitsstand hervor, den die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) am Montag vorgestellt hat.

2020 hatte die bundeseigene Gesellschaft zunächst 90 unterirdische Teilgebiete ausgewiesen, bei denen sich eine weitere Prüfung auf der Suche nach einem Endlager lohnen könnte. Sie machten rund 54 Prozent der Gesamtfläche Deutschlands aus. Diese Fläche wurde in dem nun erfolgten Prüfschritt weiter eingegrenzt auf etwa ein Viertel des Bundesgebiets.

„Wir halten Wort und veröffentlichen wie im Vorjahr unsere aktuellen Arbeitsstände. So können alle Menschen sehen, dass es mit der Endlagersuche vorangeht und wie es in ihrer Region derzeit aussieht“, sagte BGE-Chefin Iris Graffunder.

Laut der Bereinigung ist Rheinland-Pfalz bundesweit das einzige Bundesland, dessen Gesteinsschichten sich als ungeeignet für eine sichere Lagerstätte erwiesen haben. Alle anderen Bundesländer weisen zumindest kleinere Regionen auf, die weiter untersucht werden.

In Brandenburg hat sich ein großer Teil eines Tongesteinvorkommens im Nordwesten des Landes als ungeeignet erwiesen. Bei der Endlagersuche wird die-

ses Gebiet nicht weiterverfolgt. Ausgeschlossene Gebiete sind auf den Karten der BGE in den Farben Gelb und Orange dargestellt. Graue Flächen werden noch näher analysiert.

Im Südosten Brandenburgs sind Steinsalzlagerstätten aussortiert worden, weil sie den Sicherheitskriterien nicht entsprechen. Ein Steinsalzgebiet, das sich von Jüterbog über Luckenwalde bis an den Rand des Spreewaldes erstreckt, bleibt als potenzielles Endlagergebiet weiter in der Prüfung. Hinzu kommen vereinzelte Salzstöcke in der Prignitz und im Havelland, bei denen weitere Untersuchungen anstehen.

Die Forscher werten sämtliche vorhandenen geologischen Informationen aus, um die Gebiete weiter einzugrenzen. 2026 soll wieder ein Arbeitsstand veröffentlicht und die Fläche der potenziell geeigneten Standorte bis dahin weiter reduziert werden. „Bis Ende 2027 werden wir die Regionen kommunizieren, die wir für geeignet halten, um ein Endlager zu errichten“, sagte BGE-Chefin Graffunder.

Sie verglich den auf Jahrzehnte angelegten Prozess mit einem Hürdenlauf, bei dem die Messlatte immer höher gelegt wird und die Anforderungen an potenzielle Endlagerstätten stetig größer werden. „Wir suchen den Standort mit der bestmöglichen Sicherheit“, ergänzte BGE-Sprecherin Dagmar Dehmer.

Die aussichtsreicheren Standortregionen sollen anhand von Messungen und Probebohrungen auf ihre Eignung untersucht werden. Die BGE schlägt die Gebiete vor, das letzte Wort über die Standortregionen hat der Bundestag. Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD) machte deutlich, dass er sich nach 2027 mehr Tempo bei der Endlagersuche wünscht. „Mir ist wichtig, dass wir nach diesem Schritt ab 2027 deutlich schneller vorankommen“, teilte er mit.

„Das sind wir nicht zuletzt den Menschen schuldig, die in den Regionen mit den Zwischenlagern leben.“ Dafür werde das Standortauswahlverfahren „optimiert“. Was das bedeuten soll, ließ er offen. Schneider kündigte einen Gesetzentwurf für Anfang kommenden Jahres an.

Klarheit über einen Endlagerstandort, der höchsten Sicherheitsansprüchen genügen soll, soll es Mitte des Jahrhunderts geben. Die Endlagerfrage prägt seit Jahrzehnten die öffentlichen und politischen Debatten.

Der Salzstock im niedersächsischen Gorleben galt lange als möglicher Standort, wurde jedoch 2020 aus dem Suchverfahren ausgeschlossen. Andere Gebiete in der Umgebung von Gorleben seien aber weiter im Spiel, betonte BGE-Chefin Iris Graffunder.

Die Anforderungen an ein Endlager sind immens. Der Atommüll soll dort eine Million Jahre sicher lagern.

Wörter:	561	Ausgabe:	Nebenausgabe
Autor/-in:	Torsten Gellner tmt6jo0irr039e74tmpdf8	Auflage ¹ :	1.585 (gedruckt) 3.065 (verkauft) 3.701 (verbreitet)
Seite:	7	Reichweite ² :	0,01309 (in Mio)
Ressort:	Brandenburg / Berlin		
Medienkanal:	PRINT		
Mediengattung:	Tageszeitung		
Medientyp:	PRINT		

¹ von PMG gewichtet 10/2025

² von PMG gewichtet 7/2025

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 NDR

Atommüll-Endlager: Neue Details zu möglichen Standorten

2. November 2025 15:04 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Die Bundesgesellschaft für **Endlagerung** (BGE) in Peine grenzt bei der Suche nach einem **Atommüll-Endlager** die möglichen Standort-Regionen ein. Am Montagnachmittag sollen entsprechende Karten im Internet veröffentlicht werden. Noch gelten bundesweit 90 Regionen als mögliche Standorte für ein **Atommüll-Endlager**, auch Niedersachsen ist vertreten. Diese Zahl könnte sich am Montag auf etwa 30 Regionen reduzieren. Ende 2027 sollen dann einige wenige Regionen zur überirdischen Erkundung festgelegt werden.

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 WDR

Atommüll: Mehr Tempo bei der Endlagersuche?

3. November 2025 07:57 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Bis 2027 soll die Bundesgesellschaft für **Endlagerung** (BGE) Vorschläge über geeignete Regionen für ein **Atommüll-Endlager** machen. Gibt es Möglichkeiten zur Beschleunigung? Dazu Armin Grunwald, Nationales Begleitgremium zur bundesweiten **Endlagersuche**.

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 Schattenblick

ATOM/1379: Endlagersuche - Was wird aus den Tongebieten in Norddeutschland? (BI Lüchow-Dannenberg)

28. Oktober 2025 00:00 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Am 3. November wird die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) darlegen, welche weiteren Gebiete sie von der Endlagersuche ausschließt. Debattiert wird das Ergebnis dann am 21. und 22. November in Hannover im Rahmen des 4. Endlagerforums.

Der Hintergrund: Im Herbst 2020 hatte die BGE nach Auswertung von über einer Million geologischer Daten einen ersten Bericht vorgelegt. Die Karten zeigten, wo in Deutschland eine unterirdische Atommülldeponie möglich wäre.

Tief unter der Erdoberfläche soll der Strahlenmüll vergraben werden, in Tonvorkommen, in Salzstöcken oder flachen Salzlagern oder im Granit. Neunzig Teilgebiete, insgesamt 54 Prozent der Landesfläche listete die BGE in ihrem Zwischenbericht ursprünglich auf.

Das Wendland ist auch nach dem Aus des Projekts in Gorleben 2020 weiter direkt von der Endlagersuche betroffen. Vier Tongebiete berühren die Region, deshalb ist das - neben der verlängerten Zwischenlagerung - ein Kernthema der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI). BI-Sprecher Wolfgang Ehmke: "Wir haben bei vielen Gelegenheiten die eigene Expertise in Form von Vorträgen und Stellungnahmen mit in den mühseligen Suchprozess eingebracht."

Anfang November 2024, vor dem 3. Forum Endlagerung, das in Würzburg stattfand, präsentierte die BGE ihren aktualisierten Arbeitsstand, 18 Prozent der bisherigen Teilgebietsflächen wurden aussortiert - besagte Tonvorkommen waren jedoch davon ausgenommen.

Das niedersächsische Landesamt für Bergbau, Energie und Energie (LBEG) hatte im Vorfeld des 3. Endlagerforums allerdings wichtige Anstöße zur Betrachtung der Tonvorkommen gegeben.

Ein wichtiger Indikator für die Geeignetheit von Tongestein ist die sogenannte "Paläotemperatur". Da die hochradioaktiven Abfälle heiß sind, müssten die Wirtsgesteine diese Temperaturen aushalten, ohne ihre für den sicheren Einschluss der radioaktiven Abfälle benötigten Eigenschaften zu verlieren. Tongesteine sind in dieser Hinsicht besonders empfindlich. Sie müssen 100 Grad als Grenztemperatur verkraften können - das Studium der Erdgeschichte (Paläontologie) gibt entsprechend Aufschluss darüber, welchen Temperaturen die Tongesteine im Laufe ihrer Entstehung schon ausgesetzt waren.

"Ton ist also nicht gleich Ton, so konnten wir vor einem Jahr lernen. Bestimmte Tongesteine, fielen deshalb aus der Betrachtung heraus, weil sie den 100-Grad Test nicht bestehen würden", fasst BI-Sprecher Wolfgang Ehmke die fachlichen Hinweise zusammen. "Wir erwarten nun von der BGE, dass sie die LBEG-

Vorarbeiten zwischenzeitlich umgesetzt hat und am 3. November darlegt, ob die vier norddeutschen Tongebiete schlussendlich aussortiert werden.

Die BI hatte zudem im Vorfeld des anstehenden Ausgrenzungstermins darauf verwiesen, dass Regionen, die von kommenden Kaltzeiten berührt werden, für die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle nicht in Frage kämen. Als Begründung führte die BI neue Feldstudien an, die belegten, dass die Aufschiebung und Erosion an der Gletscherfront zur Entstehung von bis 800 m tiefen Rinnen und zu Störungen führt.

Ehmke: "Auch diese Regionen sollten endlich aus dem Rennen sein."

Atommüll

Noch 25 Prozent der deutschen Landesfläche kommen für Endlager infrage

Experten grenzen die möglichen Regionen bei der Suche nach einem Endlager ein. Bis spätestens 2050 soll ein Platz für etwa 27 000 Kubikmeter hoch radioaktiven Atommüll gefunden werden.

Die Experten der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) haben auf der Suche nach einem Endlager für den deutschen Atommüll die geeigneten Regionen auf 25 Prozent der deutschen Landesfläche eingegrenzt. Die BGE teilte mit, dass die geologischen Bedingungen für eine unterirdische Lagerung dort aus heutiger Sicht für geeignet gehalten werden oder noch keine Bewertung vorgenommen wurde. Besonders in Norddeutschland kommen demnach noch große Tei-

le für ein späteres Endlager infrage. Aber auch im Süden gibt es mögliche Standorte.

Ende 2027 will die BGE Standortregionen für die oberirdische Erkundung vorschlagen. Die finale Entscheidung über die zu erkundenden Standortregionen trifft der Bundestag.

Bis spätestens 2050 soll ein Lager für etwa 27 000 Kubikmeter hoch radioakti-

ven Atommüll gefunden werden, der in mehr als 60 Jahren Atomkraft angefallen ist. Der Standort soll Sicherheit für eine Million Jahre bieten. Derzeit lagert deutscher Atommüll in sechzehn oberirdischen Zwischenlagern in verschiedenen Bundesländern. Im April 2023 gingen die letzten deutschen Atomkraftwerke außer Betrieb.

SZ/sji

Wörter:	171	Ausgabe:	Einzelausgabe
Ressort:	Politik	Visits (VpD) ¹ :	1.500.562
Medienkanal:	ONLINE	Unique Users	393.000
Mediengattung:	Online News	(UUpD) ² :	
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		

Weblink: <https://www.sueddeutsche.de/politik/deutschland-atommuell-endlager-standorte-li.3333653>

Urheberinformation: DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München

¹ von PMG gewichtet 10-2024

² gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



Endlagersuche für Atommüll: Neues bei der 1-Million-Jahre-Frage

3. November 2025 19:46 | Medienart: Online | Visits/Monat: 16.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Atommüll aus 60 Jahren Kernkraftnutzung muss ein Endlager finden. Geeignet ist laut einem Bericht nur noch ein Viertel der Bundesrepublik.

3.11.2025

19:46 Uhr Ist nicht mehr für die Endlagerung von Atommüll vorgesehen: Der Salzstock in Gorleben, Jahrzehnte lang von der Politik als „sicher“ bezeichnet

Es geht um 27.000 Kubikmeter Strahlenmüll, der auch in einer halben Million Jahre noch tödlich wirkt: Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) hat einen neuen Arbeitsbericht vorgelegt, nachdem rund ein Viertel des bundesdeutschen Grundes prinzipiell geeignet sind, Standort für hochradioaktiven Abfall aus der Atomstromproduktion zu werden. Um die Ergebnisse der breiten Öffentlichkeit zu vermitteln, wurde ein Online-„Navigator“ erarbeitet. „So können alle Menschen sehen, dass es mit der Endlagersuche voran geht und wie es in ihrer Region derzeit aussieht“, sagte BGE-Chefin Iris Graffunder.

Gesucht wird in jenen 90 Teilgebieten, die im Jahr 2020 von der BGE als prinzipiell geeignet erachtet wurden. Der Salzstock in Gorleben, Jahrzehnte lang von der Politik als „sicher“ bezeichnet, war nicht mehr dabei. All jene Teilgebiete, die im Navigator nun hellblau leuchten, haben die Prüfschritte 1 und 2 der „repräsentativen vorläufige Sicherheitsuntersuchungen“ weitgehend bestanden – zu gut deutsch: sie sind noch im Rennen. Die meisten dieser Gebiete gibt es in Baden-Württemberg, Bayern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Niedersachsen.

Rheinland-Pfalz und weite Teile Brandenburgs sind dagegen raus aus der Standortsuche. Allerdings weist die Karte noch sehr viele graue Flächen aus. Das sind Gebiete, in denen die Sicherheitsuntersuchungen noch nicht abgeschlossen sind. Flächenmäßig fällt ins Auge, dass in Süd- und Südostdeutschland sehr viel mehr Teilgebiete untersucht worden als in Norddeutschland. „Die geographische Verteilung spielt bei der Bearbeitung der Teilgebiete für die BGE keine Rolle“, erklärt die BGE. Ausschlaggebend sei vielmehr die Verfügbarkeit der erforderlichen Daten und die sind in den süddeutschen Bundesländern und in Sachsen und Thüringen leichter zugänglich als beispielsweise in Mecklenburg oder Schleswig-Holstein. Dort hatte 2024 eine Serverpanne dazu geführt, dass die Zuverlässigkeitsüberprüfungen des Fachpersonals stockte, es konnte niemand eingestellt werden.

Aktuell lagert der Strahlenschrott aus 60 Jahren Atomverstromung an 16 verschiedenen Standorten in fast 1.800 Castor-Behältern. Bis Ende 2027 will die BGE fünf bis zehn Regionen ermitteln, die geologisch am besten für die Endlagerung geeignet erscheinen. Im nächsten Schritt sollen diese Standorte dann überirdisch erkundet werden, erst danach sollen Bohrungen tatsächlich den Grund untersuchen.

Endlager frühestens 2074

Ursprünglich geplant war, das Verfahren in den 2040er Jahren abzuschließen und dann das Endlager zu bauen. Eine Untersuchung durch das Öko-Institut kam aber zu dem Ergebnis, dass dies frühestens 2074 der Fall sein wird. Dann müsste das Endlager aber noch geplant und errichtet werden. Im aktuellen Haushalt des Bundesumweltministeriums sind 52 Prozent aller Gelder für den Atommüll vorgesehen – der größte Einzelposten von Umweltminister Carsten Schneider (SPD). Die Atomkonzerne hatten sich mit Einzahlung von 24 Milliarden Euro in den Kenfo, den „Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung“, von weiteren Kosten freigekauft. Experten bezweifeln, dass diese Summe ausreicht.

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



stern.de

Schneider will Atomendlager-Suche beschleunigen - Fachleute legen Bericht vor

3. November 2025 15:36 | Medienart: Online | Visits/Monat: 45.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD) will den Entscheidungsprozess bei der Suche nach einem Standort für ein Atommüll-Endlager beschleunigen. Ihm sei wichtig, bei der Suche "ab 2027 deutlich schneller voranzukommen", erklärte Schneider am Montag in Berlin. "Das sind wir nicht zuletzt den Menschen schuldig, die in den Regionen mit den Zwischenlagern leben." Der Minister kündigte für Anfang 2026 die Vorlage eines entsprechenden Gesetzentwurfs an. Schneider äußerte sich anlässlich der Vorlage des neuen Zwischenberichts der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) über den Stand der Suche nach einem geeigneten Ort für ein Endlager. In ihrem Bericht grenzten die Fachleute die Regionen im Bundesgebiet, die grundsätzlich für ein solches Lager in Frage kämen, deutlich auf etwa ein Viertel der Bundesfläche ein.

In einem vor fünf Jahren veröffentlichten Zwischenbericht hatte die BGE noch etwa 54 Prozent der Gesamtfläche Deutschlands als Gebiete ausgewiesen, die auf ihre Eignung für ein Endlager untersucht

werden sollte.

"Die Arbeiten der BGE kommen gut voran", erklärte Minister Schneider am Montag. "Schrittweise werden nun die Regionen eingegrenzt bis auf wenige konkrete Regionen, die in der zweiten Phase der **Endlagersuche** näher untersucht werden sollen." Diesen Vorschlag werde die BGE Ende 2027 vorlegen.

Für den Zwischenbericht untersuchte die **BGE** zunächst ausschließlich auf Grundlage vorliegender geologischer Daten mögliche Lagerstätten in den drei Wirtsgesteinen Salz, Ton und Kristallin. Zwingende Voraussetzungen sind ein 300 Meter starkes Deckgebirge sowie eine Mächtigkeit des Wirtsgesteins von mindestens 100 Metern.

Auf Grundlage des Zwischenberichts soll in den kommenden Jahren die Standortsuche weiter eingegrenzt werden. Die bisherige gesetzliche Planung sieht vor, das Auswahlverfahren bis 2031 abzuschließen. Die Standortentscheidung trifft letztlich der Bundestag.

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 ZDFHeute

Atomendlager: Bericht grenzt mögliche Gebiete deutlich ein

3. November 2025 18:31 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Bei der Suche nach einem **Endlager** für **Atommüll** in Deutschland geht es voran: Ein neuer Zwischenbericht grenzt mögliche Gebiete weiter ein - Umweltminister Schneider fordert Tempo.

Auf der Suche nach einem **Endlager** für den deutschen **Atommüll** haben die zuständigen Experten die geeigneten Regionen auf 25 Prozent der deutschen Landesfläche eingegrenzt. Die Bundesgesellschaft für **Endlagerung** (**BGE**) im niedersächsischen Peine teilte mit, sie halte dort die geologischen Bedingungen für eine unterirdische Lagerung aus heutiger Sicht für geeignet.

In einem vor fünf Jahren veröffentlichten Zwischenbericht hatte die **BGE** noch etwa 54 Prozent der Gesamtfläche Deutschlands als Gebiete ausgewiesen, die auf ihre Eignung für ein **Endlager** untersucht werden sollten.

Derzeit kommen besonders in Norddeutschland noch große Teile für ein späteres **Endlager** infrage - aber

auch im Süden gibt es noch mögliche Standorte. Ende 2027 will die BGE Standortregionen für die oberirdische Erkundung vorschlagen. Die finale Entscheidung über diese zu erkundenden Standortregionen trifft aber der Bundestag.

Bundesumweltminister will Atomendlager-Suche

Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD) kündigte an, den Entscheidungsprozess bei der Standortsuche beschleunigen zu wollen. Ihm sei wichtig, bei der Suche "ab 2027 deutlich schneller voranzukommen", erklärte Schneider am Montag in Berlin.

Das sind wir nicht zuletzt den Menschen schuldig, die in den Regionen mit den Zwischenlagern leben.,,Carsten Schneider (SPD), Bundesumweltminister

Der Minister kündigte für Anfang 2026 die Vorlage eines entsprechenden Gesetzentwurfs an.

Für den Zwischenbericht untersuchte die BGE zunächst ausschließlich auf Grundlage vorliegender geologischer Daten mögliche Lagerstätten in den drei Wirtsgesteinen Salz, Ton und Kristallin. Zwingende Voraussetzungen sind ein 300 Meter starkes Deckgebirge sowie eine Dicke des Wirtsgesteins von mindestens 100 Metern.

Auf Grundlage des Zwischenberichts soll in den kommenden Jahren die Standortsuche weiter eingegrenzt werden. Die bisherige gesetzliche Planung sieht vor, das Auswahlverfahren bis 2031 abzuschließen.

Endlager: Sicherheit für eine Million Jahre

Bis spätestens 2050 soll ein Lager für rund 27.000 Kubikmeter hochradioaktiven Atommüll gefunden werden, der in mehr als 60 Jahren Atomkraft angefallen ist.

Atommüll-Zwischenlager in DeutschlandZDFheute InfografikEin Klick für den DatenschutzFür die Darstellung von ZDFheute Infografiken nutzen wir die Software von Datawrapper. Erst wenn Sie hier klicken, werden die Grafiken nachgeladen. Ihre IP-Adresse wird dabei an externe Server von Datawrapper übertragen. Über den Datenschutz von Datawrapper können Sie sich auf der Seite des Anbieters informieren. Um Ihre künftigen Besuche zu erleichtern, speichern wir Ihre Zustimmung in den Datenschutzeinstellungen. Ihre Zustimmung können Sie im Bereich „Meine News“ jederzeit widerrufen.Infografiken anzeigenDatenschutzeinstellungen anpassen

Der Standort soll Sicherheit für eine Million Jahre bieten. Derzeit lagert deutscher Atommüll in sechzehn oberirdischen Zwischenlagern in verschiedenen Bundesländern. Die letzten deutschen Atomkraftwerke gingen im April 2023 außer Betrieb.

Kernkraftwerk Gundremmingen: Zehntausende bei Sprengung von AKW-TürmenFaktencheck: Hat der Atomausstieg unseren Strom verteuert?

Quelle: dpa, AFP

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



Atommüll-Endlager: Norddeutschland kommt noch großflächig infrage

3. November 2025 17:09 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Stand: 03.11.2025 17:09 Uhr Die Bundesgesellschaft für **Endlagerung** (BGE) in Peine hat bei der Suche nach einem **Atommüll-Endlager** weitere Gebiete als ungeeignet eingestuft. Große Teile Norddeutschlands wurden noch nicht geprüft.

In Niedersachsen gelten mehrere Regionen im Süden weiterhin als geeignet. Teile der Landkreise Emsland, Vechta, Cloppenburg und Diepholz werden dagegen als ungeeignet eingestuft. Auch Gebiete unter der Nordsee bei Borkum und Wangerooge kommen nicht mehr als Standort infrage. Weite Teile Norddeutschlands sind - im Gegensatz zum Süden - noch nicht geprüft worden. "Man merkt schon ein Ungleichgewicht", sagt Niedersachsens Umweltminister Christian Meyer (Grüne). In Bayern und in Sachsen habe man viele Gebiete untersucht und ausgeschlossen. Er wünsche sich, dass nun auch in Niedersachsen schnell Fakten geschaffen werden, um "Verunsicherungen zu beenden".

Große Teile Norddeutschlands weiterhin nicht geprüft Die Karte zeigt den aktuellen Stand der **BGE-Endlagersuche**. Türkis gefärbte Gebiete gelten nach den ersten Prüfschritten als geeignet. Gelbe und orangefarbene Gebiete gelten als nicht geeignet oder nur gering geeignet. Graue Gebiete werden noch geprüft.

Weiterhin als **Endlager** infrage kommen auch Regionen in Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern. In Rheinland-Pfalz gibt es mit der neuen Eingrenzung dagegen keine möglichen Standorte für ein **Atommüll-Endlager** mehr. Die **BGE** hat eine interaktive Karte zum Stand der Gebietsprüfungen veröffentlicht. Sie will zudem am Montag um 18 Uhr in einer Online-Konferenz über die Standortauswahl informieren.

Bearbeitung im Süden weiter als im Norden

Bei den veröffentlichten Informationen handelt es sich um einen Zwischenstand: Nachdem die **BGE** im

vergangenen Jahr 13 von insgesamt 90 möglichen Teilregionen als ungeeignet oder nur gering geeignet eingestuft hatte, gibt es nun Einschätzungen zu weiteren 29 Regionen. Die noch zu prüfenden Gebiete (auf der Karte grau markiert) stünden noch am Anfang des Prüfprozesses, sagte Lisa Seidel, Bereichsleiterin Standortauswahl bei der BGE. Sie sollen demnach bis Mitte 2026 auch die ersten beiden Prüfschritte durchlaufen haben.

Vorschlag für überirdische Erkundung soll 2027 folgen

Bis Ende 2027 will die BGE einige wenige Regionen zur überirdischen Erkundung vorschlagen. Diese Regionen sollen dann auf Basis der Untersuchungen die geologisch besten Bedingungen für die unterirdische Endlagerung hochradioaktiver Abfälle bieten. Dieser Vorschlag werde dann vom Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) geprüft, heißt es von der BGE. Die endgültige Entscheidung über den Endlager-Standort trifft schließlich der Bundestag. Bis ein Endlager dann betriebsbereit wäre, könnte es weitere Jahrzehnte dauern.

Sicherer Ort für eine Million Jahre gesucht

Gesucht wird ein Ort, an dem dauerhaft rund 27.000 Kubikmeter Atommüll aus mehr als 60 Jahren Atomkraft in Deutschland gelagert werden kann. Dieser soll für eine Million Jahre sicher sein, da der Atommüll über Hunderttausende Jahre radioaktiv ist. Infrage kommen daher vor allem tiefe Ton- und Kristallinschichten sowie Salzformationen. Bislang werden die hochradioaktiven Abfälle an 16 Standorten zwischengelagert, unter anderem in Gorleben (Landkreis Lüchow-Dannenberg) in Niedersachsen.

Dieses Thema im Programm: NDR 1 Niedersachsen | Aktuell | 03.11.2025 | 12:00 Uhr Schlagwörter zu diesem Artikel

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 einblicke

Was ist los in der Asse?

30. Oktober 2025 00:00 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Seit 1988 dringt Salzwasser aus dem Deckgebirge in die Schachanlage Asse II ein. Das Risiko eines nicht mehr beherrschbaren Lösungszutritts ist jederzeit gegeben. Welche Langzeitauswirkungen ein solches

Szenario hätte, untersuchen die Expert*innen der **BGE** in sogenannten Konsequenzenanalysen. Erste Ergebnisse wurden im Mai 2025 vorgestellt. Die Basisberechnung berücksichtigt dabei den Zustand ohne Bergung der Fässer, aber mit kompletter Umsetzung der Notfallplanung. Auch wenn noch weitere Berechnungen nötig sind, deuten die ersten Rechenergebnisse darauf hin, dass bei vollständiger Umsetzung der Notfallplanung nur wenig Radioaktivität an die Oberfläche gelangt. Die berechneten Dosiswerte liegen bei weniger als 10 Mikrosievert pro Jahr. Zum Vergleich: Die durchschnittliche natürliche Strahlenbelastung in Deutschland beträgt pro Jahr rund 2.100 Mikrosievert. Die Konsequenzenanalysen sind jedoch kein Langzeitsicherheitsnachweis, der Voraussetzung für eine geordnete Stilllegung unter Verbleib der Abfälle wäre.

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 ZEIT online

Energiegewinnung: Bundesländer gründen Allianz zur Fusionsforschung

31. Oktober 2025 13:44 | Medienart: Online | Visits/Monat: 74.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Sechs Bundesländer wollen ihre Stärken bei der Fusionsforschung in der neuen «Fusionsallianz» bündeln.

Sechs Bundesländer haben eine Allianz zur Erforschung der Kernfusion gegründet. Ziel des Zusammenschlusses ist es, dass das erste kommerzielle Fusionskraftwerk der Welt in Deutschland entsteht. Bayern, Hamburg, Hessen, **Mecklenburg-Vorpommern**, Sachsen und Schleswig-Holstein wollen so den Weg für eine sichere, saubere und von Rohstoffimporten weitgehend unabhängige Energiequelle ebnen, wie das bayerische Wissenschaftsministerium in München mitteilte.

Bayerns Wissenschaftsminister Markus Blume sprach beim Gründungsakt in München von einem «historischen Tag für die Energieforschung in Deutschland». Mit der Allianz beginne eine «Koalition der Willigen», ihre großen individuellen Standortstärken zu bündeln.

Bei der Kernfusion werden kleine Atomkerne bei extremen Temperaturen verschmolzen, also fusioniert - im Gegensatz zur Atomspaltung in herkömmlichen Atomkraftwerken. Weltweit wird daran geforscht, wie das Verfahren zur Energiegewinnung genutzt werden kann. Doch der Weg bis zum Betrieb richtiger Fusionskraftwerke gilt als noch sehr weit.

Entsprechend kritisierte die Klimaschutzexpertin von Greenpeace Bayern, Saskia Reinbeck: «Die Kernfusion

ist eine äußerst ineffiziente, aufwendige und teure Art der Energiefreisetzung, die mit vielen ungelösten technischen und sicherheitstechnischen Fragen einhergeht.» Sie werde in den kommenden 50 Jahren keine Rolle bei der Energiegewinnung spielen.

Die neue «Fusionsallianz» soll Forschung, Industrie und Politik enger vernetzen und die Technologieentwicklung vorantreiben. Geplant sind etwa gemeinsame Programme zur Ausbildung von Nachwuchskräften in Wissenschaft, Ingenieurwesen und Technik, die gemeinsame Nutzung bestehender Forschungsinfrastrukturen sowie Kooperationen etwa mit der Zulieferindustrie.

Sachsen will sich an Bau von Fusionsreaktor beteiligen

Kernfusion als Hoffnungsträger für eine klimafreundliche Stromversorgung

Fusionsenergie gilt als Hoffnungsträger für eine klimafreundliche Stromversorgung. Nun bündeln sechs Bundesländer, darunter Sachsen, ihre Kräfte für den Bau eines Fusionsreaktors. Gute Nachrichten für Forschung, Industrie und Standorte wie Dresden und Görlitz.

Sechs Bundesländer wollen gemeinsam die Forschung an der Kernfusion vorantreiben und langfristig den Bau eines kommerziell nutzbaren Fusionsreaktors ermöglichen. In München haben Vertreterinnen und Vertreter aus Bayern, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Schleswig-Holstein eine Eckpunktevereinbarung unterzeichnet, wie Sachsens Wissenschaftsministerium am Freitag mitteilte.

Ziel der Allianz ist es demnach, Kompetenzen in der Forschung und Entwicklung zu bündeln, die Ausbildung von Fachkräften zu stärken und bestehende Infrastrukturen besser zu vernetzen. Das Vorhaben ist Teil einer übergeordneten Strategie, die auch auf die Hightech Agenda Deutschland und den Akti-

onsplan Fusion des Bundes abgestimmt ist.

Sachsen spielt innerhalb der Allianz eine zentrale Rolle. Laut Wissenschaftsminister Sebastian Gemkow zählt der Freistaat zu den führenden Standorten in den Bereichen Physik, Materialentwicklung, Energietechnik und Anlagenbau. Netzwerke wie Saxfusion verbinden bereits heute Forschungseinrichtungen mit Unternehmen weit über die Landesgrenzen hinaus.

Ein Schwerpunkt der sächsischen Beteiligung liegt auf dem Helmholtz-Zentrum Dresden-Rossendorf (HZDR). Dort wird aktuell eine neue Forschungsplattform für leistungsfähige Lasersysteme aufgebaut, die neue Perspektiven für die Kooperation mit der TU Dresden er-

öffnen soll. Auch das Görlitzer Institut CASUS ist eng eingebunden.

Neben außeruniversitären Forschungseinrichtungen beteiligen sich in Sachsen auch die TU Dresden, die TU Bergakademie Freiberg sowie die Hochschule Zittau/Görlitz. Gemeinsam mit Partnern aus der Industrie sollen technologische Innovationen angestoßen werden, die über Jahrzehnte Wirkung entfalten könnten.

Die Allianz plant zudem gemeinsame Studiengänge, Workshops sowie die Öffnung von Forschungsinfrastrukturen für Unternehmen und Partner aus anderen Bundesländern und dem europäischen Ausland.

Wörter:	270	Ausgabe:	Hauptausgabe
Autor/-in:	Maximilian Helm tmt6pnuekzuq95scrxgmeh	Auflage ¹ :	35.984 (gedruckt) 39.016 (verkauft) 53.369 (verbreitet)
Seite:	6	Reichweite ² :	0,18445 (in Mio)
Ressort:	Sachsen und Mitteldeutschland		
Medienkanal:	PRINT		
Mediengattung:	Tageszeitung		
Medientyp:	PRINT		

¹ von PMG gewichtet 10/2025

² von PMG gewichtet 7/2025

Atommüll? Nein danke

Deutschland ist raus aus der Kernkraft, aber der Atommüll ist noch da. Wohin mit dem Zeug? Aus Jülich sollen jetzt 152 Castor-Behälter über marode Straßen und Brücken in ein Zwischenlager gebracht werden. Ein Monsterprojekt.

Im Prinzip gibt es viele Wege, wie man sich als Bürgermeister den Volkszorn zuziehen kann. Man könnte sich von windigen Investoren korrumpieren lassen, man könnte auch eine Müllverbrennungsanlage auf den Markt setzen. Aber man könnte auch sagen, dass man sich in seiner Stadt ein neues Atommülllager vorstellen kann. So wie Axel Fuchs es gemacht hat, vor zwei Jahren im Radio bei WDR 5. An vermutlich jedem anderen Ort wäre ein Bürgermeister dann unten durch. Hier nicht.

In Jülich im rheinischen Braunkohlrevier, gebettet zwischen die horizontweiten Tagebaulöcher Hambach und Inden, sitzt Fuchs in seinem Büro im Rathaus und freut sich, dass er frisch wiedergewählt worden ist. Absolute Mehrheit im ersten Wahlgang. Trotz der Sache mit dem Atommüll. Wobei: nicht, dass die Geschichte hier irgendwen besonders jucken würde, sagt Fuchs. Bisher jedenfalls habe in den zehn Jahren, die er Jülich regiert, noch nie ein Atomkraftgegner vor Wut an die Tür zu seinem Amtszimmer gehämmert.

Er sagt: „Das Thema wird hier völlig entspannt angegangen, das ist völlig unaufgeregt.“ Was eine Sensation ist in diesem Land, das nach Jahrzehnten des Protests als eine der ganz wenigen Industrienationen der Welt aus der Atomkraft ausgestiegen ist. Tschernobyl, Fukushima, das hat Spuren hinterlassen bei den Deutschen.

Von 1961 an, als das erste AKW der Bundesrepublik ans Netz ging, haben die Kernkraftwerke den Deutschen relativ günstig und zuverlässig Strom geliefert. 2011 gab es dann aber den GAU in Japan, und Angela Merkels damalige Regierung beschloss den Ausstieg. Nach einem letzten Aufbäumen der

verbliebenen Atomkraftfreunde, angeführt von Markus Söder nach Ausbruch der ukrainekriegsbedingten Energiekrise, ist das Ende wohl sicher. 2023 sind die letzten AKW vom Netz gegangen.

Aber deshalb ist nicht alles gelöst. Die verbrauchten Brennelemente strahlen weiter, Zehntausende Jahre. Das ist der Preis für knapp sechzig Jahre Strom.

Und so hangelt sich das Land von Zwischenlösung zu Zwischenlösung

Die Frage der Fragen ist: Wohin soll der verseuchte Müll? Finnland oder Schweden haben ihre Endlager längst gefunden. Deutschland sucht noch. Seit Jahrzehnten schon. Und es wird wohl noch Jahrzehnte dauern, bis ein Ort gefunden ist, an dem der ganze strahlende Abfall auf Dauer sicher lagern kann. Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung geht davon aus, dass 2074 ein Standort für ein Endlager gefunden sein könnte. Aber dann müsste es hergerichtet werden. Bezugsfertig könnte es im Jahr 2100 sein. Könnte.

Bis dahin lagern Tausende Tonnen strahlenden Mülls in Hallen überall in der Republik, vor allem da, wo mal Reaktoren liefen. Die Zwischenlager sind eine Ansammlung von Provisorien, die meisten gebaut und genehmigt für vierzig Jahre. Das in Jülich sogar nur für zwanzig. Weil noch in den Neunzigern und Nullerjahren, als viele davon in Betrieb gingen, die meisten Fachleute davon ausgegangen waren, dass das mit der Endlagersuche nicht so schwierig werden würde.

Und so hangelt sich Deutschland mit dem strahlenden Müll von Zwischenlösung zu Zwischenlösung. Was dazu führt, dass demnächst wohl eine der aufwendigsten logistischen Operationen der deutschen Kernkraftgeschichte beginnt. Es ist ein Kapitel, das von alten Kämpfen erzählt und von Verantwortlichen, die nicht verantwortlich sein wollen für die Spätfolgen einer Technologie ohne Zukunft.

Es geht um 152 Fässer, gefüllt mit Atommüll. Sie müssen einmal quer durch Nordrhein-Westfalen gekarrt werden, von Jülich ins münsterländische Ahaus. Dazu kommen noch zehn aus dem Forschungsreaktor in Garching bei München. Wobei „Fass“ ziemlich untertrieben ist: So ein knallgelber Castor-Behälter ist zwar überschaubare 2,70 Meter hoch, wiegt aber 27 Tonnen, weil die Wände aus 40 Zentimeter dickem Gusseisen sind, das die Strahlung abschirmen soll. Deshalb passt auch nur ein Behälter auf einen speziell angefertigten Schwertransporter, 30 Meter lang, 13 Achsen, voll beladen 130 Tonnen schwer. Davon gibt es nur vier in Deutschland.

Selbst wenn immer alle vier hintereinanderweg führen, was schon aus Sicherheitsgründen schwierig wäre, würden 38 Mal solche Monstergespanne über die teils maroden Ruhrgebietsautobahnen und -brücken schleichen, mit maximal dreißig Kilometern pro Stunde. Die Beteiligten gehen davon aus, dass die Transporte Monate dauern werden, vielleicht sogar zwei Jahre.

Ungefähr neunzig Millionen Euro kostet dieses monströse Vorhaben, hat die Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN) ausgerechnet, die verantwortlich ist für die 152 Con-

tainer. Da sind die Kosten für die Polizeibegleitung nicht eingerechnet, die den Staat ein paar weitere Dutzend Millionen kosten dürfte. Mancher erinnert sich noch gut an die Castor-Transporte in den Neunziger- und Nullerjahren, als Demonstranten zu Tausenden Straßen und Gleise blockierten und sich mit der Polizei prügeln. Bei jeder Fahrt muss also jede Kreuzung abgesperrt werden, müssen Begleitfahrzeuge mitfahren, Hubschrauber mitfliegen. Hunderte Polizisten werden jedes Mal im Einsatz sein. Damit bloß nichts passiert. Die genauen Termine und die Route bleiben geheim. Vor zwei Jahren haben sie schon mal einen der Transporter mit einem leeren Castor-Behälter nach Ahaus fahren lassen, zur Probe. Lief alles gut.

Trotzdem halten Aktivisten und Umweltschützer die Castor-Transporte für ein kaum kalkulierbares Risiko. Nicht nur, weil die Straßen schlecht sind. Sondern Zielen neuerdings oft Drohnen auftauchen, bei denen der Verdacht naheliegt, dass Putins Leute sie steuern. In den Sicherheitsbehörden glauben einige, dass ein Transport mit strahlendem Atom Müll ein interessantes Ziel für Ausspäh- und Einschüchterungsversuche sein könnte.

Und das alles, obwohl nicht nur Jülichs Bürgermeister Axel Fuchs sagt: Das Zeug könnte doch hier bleiben. Warum also der ganze Aufwand?

Hartmut Liebermann beschäftigt der Atom Müll seit 1977. Seit der Plan bekannt wurde, dass in Ahaus, wo er gerade als Politiklehrer angefangen hatte, ein Zwischenlager gebaut werden sollte. Mit anderen umweltbewegten Menschen gründete Liebermann damals die Bürgerinitiative „Kein Atom Müll in Ahaus“. Sie seien belächelt bis verachtet worden von CDU und Bürger tum, sagt Liebermann.

Die Gegner wussten immer: Das Zwischenlager wird ein Dauerlager

48 Jahre später ist der Protest auf der Ahauser Bahnhofstraße angekommen, zwischen Buchhandlung und Versiche-

rungsbüro. Da sitzt Liebermann in der Zentrale der Initiative, einem Ladenlokal mit Tresen vorn und Besprechungsraum hinten. Alles liegt und hängt voller Plakate, mit den Standorten der Atom Mülllager, mit Parolen: „Castor alarm!“, „Ahauser, wollt ihr ewig lagern?“ In der Ecke steht ein Lautsprecher-Bollerwagen für ihre Demos. Liebermann stolpert fast darüber.

Er entschuldigt sich für die basisdemokratische Unordnung, sie sind in den Vorbereitungen für die nächste Protestwelle. Liebermann wird bald 77 und geht jetzt wieder auf die Straße.

Früher, sagt er, sei ihr Protest gegen die Atomkraft insgesamt gewesen. Der Müll, der fast eine Ewigkeit lang strahlen würde, das war das perfekte Symbol für die immense Belastung für Um- und Nachwelt. 1998, als die Kraftwerke noch dampften und die ersten großen Castor-Transporte hier ins Münsterland rollten, demonstrierten 10 000 Menschen in und um Ahaus. Liebermann lächelt, als er davon erzählt. Die Toten Hosen spielten auf einem Laster, und seine Frau landete im Polizeikes sel. Er holt einen Kalender mit Fotos vom „Tag X“. Polizeihubschrauber über Ahaus, Hundertschaften in voller Montur. „War schon unheimlich“, sagt er, „man muss das nicht wieder haben.“

Heute befinden sich die Kraftwerke in Abwicklung, vor ein paar Tagen erst haben sie in Gundremmingen in Schwaben die Kühltürme gesprengt. „Atomkraft? Nein danke“, das zieht nicht mehr.

Heute geht es Hartmut Liebermann um die Sicherheit – um den Transport, den er auch, weil über strategisch interessanten für ein unnötiges Risiko hält, oder etwa um die Decke im Ahauser Zwischenlager, die viel dünner sei als in modernen Lagern – und es geht ihm auch ums Prinzip. Er blickt etwas grimmig, wenn er erzählt, wie sie beim Bau des Lagers in den Siebzigern gesagt hätten: „Leute, wenn dieses Lager hier hin kommt – die sagen zwar, das ist ein Zwischenlager, aber das wird ein Dauerlager. Und da haben wir recht behalten.“

Und noch etwas nervt ihn wahnsinnig: dass keiner verantwortlich sein will da-

für, dass die Castoren wieder rollen sollen.

Ein paar Tage nach dem Treffen steht Liebermann im Sprühregen auf dem Ahauser Rathausplatz. Zwischen einem Grillstand und einer Bude fürs Entenangeln, die schon fürs Stadtfest aufgebaut sind, haben sich vor ihm knapp 500 Menschen mit Regenschirmen und -capes versammelt. Eine Frau mit Gitarre singt die Menge warm („Ich will hier keinen Castor, das ist zu viel Belastor“). Liebermann fragt ins Mikro: „Wer ist eigentlich dafür verantwortlich, für diesen Mist?“

Natürlich kann sich Liebermann seine Frage selbst beantworten: Das Land NRW, den Bund, aber vor allem das Forschungszentrum Jülich sieht er in der Verantwortung, beziehungsweise die JEN. Diese Gesellschaft, die extra gegründet wurde, um all die Atom-Anlagen in Jülich zu demontieren und die Reste zu sichern, habe insgeheim immer darauf hingearbeitet, den Müll nach Ahaus zu verfrachten.

Auf dem nassen Rathausplatz hat die Bürgerinitiative kleine gelbe Tonnen aufgebaut und drum herum Tennisbälle gelegt, bemalt mit den schwarzen Dreiecken des Strahlen-Warnsymbols. Ungefähr die Dimension eines Tennisballs haben die Brennelemente, die in den 152 Castor-Behältern in Jülich lagern.

1956 wurde dort das Forschungszentrum gegründet, das jahrzehntelang „Kernforschungsanlage“ hieß. Heute liegt der Schwerpunkt auf anderen Dingen. Erst im September haben sie auf dem kilometerlangen Campus Europas schnellsten Supercomputer eingeweiht, auch der Kanzler kam. In Jülich sagen viele trotzdem noch, wenn einer im Forschungszentrum beschäftigt ist: Der arbeitet auf dem „Atom“. Viele der 35 000 Jülicher haben lange gut gelebt von der Kernforschung.

In den mittlerweile abgeschalteten Forschungsreaktoren „Merlin“ und „Dido“ liefen Neutronenexperimente, im Versuchsreaktor nebenan erprobten die Jülicher Wissenschaftler von 1967 an einen neuartigen Kraftwerkstypen, einen Kugelhaufen-Hochtemperaturreaktor. Er wurde angepriesen als „katastro-

phenfrei“, weil Bau und Funktionsweise eine Kernschmelze unmöglich machen sollten. Der Kernbrennstoff steckte in Graphitkugeln, nicht wie sonst in Brennstäben. Aber der Jülicher Reaktor stellte sich nicht als massentauglich heraus, und ganz so sicher war er offensichtlich auch nicht: Jahre nach der Abschaltung 1988 kam heraus, dass es mehrere Störfälle und Strahlungsausstritte gab.

Seit 37 Jahren läuft der Rückbau. Den 26 Meter hohen Reaktor hat man schon aus seinem Gehäuse gehoben und hinter dicke Mauern verbannt. Bleiben die Kugeln mit dem Brennstoff. 288 161 Stück, eingeschlossen in 152 gelben Tonnen. Sie stehen seit 1993 am Rand des Campus in Jülich, in einer Lagerhalle, die hoch umzäunt ist. Ein weißer Jeep fährt Patrouille. Um eine Hälfte der Halle haben sie noch eine Schutzmauer gebaut, falls zum Beispiel jemand ein Flugzeug in das Lager steuern wollte.

Das Problem ist: 2013 ist die Betriebsgenehmigung für das Lager ausgelaufen. Die Abwicklungsfirma JEN wollte sie verlängern, aber dann stellte sich raus, dass die Bausubstanz den immer weiter verschärften Regeln für Erdbbensicherheit wohl nicht entspricht. Hier zwischen Köln und den Niederlanden ist das zugrunde gelegte Szenario „Extremerebeben“ relativ unwahrscheinlich, geschätzt alle 100 000 Jahre, aber sicher ist sicher. Beziehungsweise: nicht sicher.

2014 sollte Jülich sofort geräumt werden, der Müll ist bis heute drin

Wer verstehen will, weshalb die 152 Castor-Behälter nicht mehr hierbleiben, sondern bald durch NRW rollen sollen, muss einen ziemlichen Wust aus Zuständigkeiten und Verfahren entwirren.

Für die Genehmigungen, damit ein Lager überhaupt betrieben oder Atom- müll transportiert werden darf, ist das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) zuständig. Das Wirtschaftsministerium Nordrhein-Westfalen wiederum muss die Sicherheit während des Betriebs beauf-

sichtigen. 2014 hat das Landesministerium wegen der fehlenden Genehmigung angeordnet, das Jülicher Lager unverzüglich zu räumen.

Unverzüglich wurde es dann nicht. Weil, wohin mit den 152 Fässern? Es gab drei Optionen. Erstens: verschiffen in die USA, wo der Kernbrennstoff einst hergestellt wurde. Dies wurde nach Jahren der Sondierungen 2022 verworfen, zu teuer, zu komplex. Blieben noch die Optionen zwei und drei: ein neues Zwischenlager in Jülich und der Transport nach Ahaus, wo es ein Lager gibt, in dem 305 baugleiche Castor-Behälter aus anderen Reaktoren lagern.

In einem Büro-Modulbau neben dem leeren Jülicher Reaktorturm sitzt der Mann, der die inzwischen zwölf Jahre währende Hängepartie erklären muss. Jörg Kriewel, Vollbart, Hemd, Weste, Ruhrpott-herzlich, ist Pressesprecher der JEN. Ihn treffen auch deshalb immer wieder Vorwürfe der Atomkraftgegner, weil die Erdbebenthematik sich erledigt hat. Könnten die Fässer also bleiben, wo sie sind?

Da wird es noch mal kompliziert: 2022 hat zwar ein neues Gutachten ergeben, dass das bestehende Lager einem Erdbeben sehr wohl standhalten würde. Das NRW-Wirtschaftsministerium könnte seine Räumungsanordnung also einfach zurückziehen, sagen sie bei der Ahauser Bürgerinitiative. Ministerin Mona Neubaur von den Grünen aber verweist auf Nachfrage darauf, dass es bis heute keine neue Genehmigung für das Jülicher Lager gibt. Denn auch die IT-Sicherheit bereitet Probleme, und das BASE hat in der Zwischenzeit das Sicherheitskonzept für das alte Lager bemängelt. In welchen Punkten genau, sagt das Bundesamt auf Nachfrage nicht.

JEN-Sprecher Kriewel erklärt bei Kaffee und Brennelementkugelgroßen Quarkbällchen, das Lager sei kein akutes Risiko, aber auch nicht für die Ewigkeit gebaut. „Es ist sehr unwahrscheinlich, dass wir das so modernisiert bekommen, dass es langfristig, quasi bis zu einer Endlagerung, als Zwischenlager genutzt werden kann“, sagt Kriewel.

Jahrelang haben sie bei der JEN parallel Vorbereitungen getroffen für die bei-

den Optionen Neubau und Transport. Die Entscheidung darüber sei aber eine politische, argumentieren sie hier. Schließlich wird die Entsorgungsgesellschaft teils vom Bund, teils vom Land finanziert. Von den Kosten für die Lagerung der 152 Container trägt der Bund 70 Prozent, das Land 30.

Mitglieder der nordrhein-westfälischen Landesregierung seufzen, wenn man sie auf das Thema anspricht. CDU und Grüne haben sogar in ihren Koalitionsvertrag für NRW geschrieben, sie wollten den Neubau in Jülich vorantreiben und sich „für eine Minimierung von Atomtransporten“ einsetzen. Ministerpräsident Hendrik Wüst hat im August gesagt, er könnte auf jede Fahrt „gut verzichten“ und hoffe, dass alles „ohne Tamtam“ ablaufe.

Seit wann, fragt der Aktivist, sind Kosten wichtiger als Sicherheit?

Ein paar Tage vorher hatte das BASE, das dem Bundesumweltministerium untersteht, nämlich die Genehmigung für den Transport nach Ahaus erteilt. Es war nach zwölf Jahren Warten faktisch das Ende der Neubau-Option. Der Bund für Umwelt und Naturschutz klagt zwar dagegen, aber in Düsseldorf, Berlin, Jülich und Ahaus rechnen alle damit, dass die Castor-Transporte bald beginnen werden.

Für ein neues Lager in Jülich hätte die JEN eine Genehmigung beantragen müssen. Hat sie aber nie – was ihr die Bürgerinitiative Ahaus vorwirft. Eine „Riesensauerei“, hatte Hartmut Liebermann bei der Demo auf dem Rathausplatz gesagt.

Jörg Kriewel von der JEN geht raus auf den Parkplatz, den Blick nach oben auf die alte Reaktorhülle. Es sei nicht so, dass sie den strahlenden Müll einfach weg haben wollten, sagt er. „Leidenschaftslos“ seien sie da. Sie seien halt dafür zuständig, hier die kerntechnischen Anlagen zurückzubauen und das bei größtmöglicher Sicherheit. „Wir sind nicht die Bösen“, sagt Kriewel. „Wir räumen hier auf.“

Dass der Neubau in Jülich, den sich sogar der Bürgermeister so gut hätte vorstellen können, an der JEN gescheitert wäre, sehen sie hier etwas anders: Ihnen gehört bis heute nicht mal das Grundstück, auf dem das neue Lager hätte entstehen können. NRW's Wirtschaftsministerin Neubaur sagt, die Landesregierung würde ihren Beitrag zum Kauf beisteuern (wobei die fraglichen Flächen ohnehin von Landesbetrieben verwaltet werden). Nur der Bund habe sich um eine Entscheidung gedrückt.

Im zuständigen Bundesforschungsministerium (BMFTR) finden sie wiederum, die Frage Grundstückskauf oder nicht stelle sich gar nicht. Ein Sprecher schreibt auf Anfrage, die Landesregierung habe doch die unverzügliche Räumung des Jülicher Lagers vorgegeben. Ganz einfach: „Nach dem derzeitigen Kenntnisstand ist die Verbringung der Brennelemente nach Ahaus am schnellsten umsetzbar“, schreibt der Ministeriumssprecher. Die Castor-Transporte dauern zwar vermutlich viele Monate, aber ein Neubau in Jülich würde nach einhelliger Schätzung wohl mindestens neun Jahre dauern.

Außerdem, schreibt das BMFTR, falle „ein Kostenvergleich der Räumungsoptionen eindeutig zugunsten der ‚Ahaus-Option‘ aus“. Die 152 Fässer nach Ahaus zu bringen und sie dort fünfzig Jahre zu lagern, dürfte (die Polizeieinsätze noch nicht eingerechnet) etwa 150 Millionen Euro kosten, schätzt die JEN. Neubau und Lagerung in Jülich dagegen 550 Millionen.

Ist es am Ende also eine einfache Rechnung? Hartmut Liebermann hatte bei der Demo noch gefragt, seit wann, bitte schön, dürften bei strahlendem Müll die Kosten wichtiger sein als die Sicherheit.

Jörg Kriewel von der JEN dagegen sagt, selbst wenn beim Transport etwas passiert, könnten weder die Brennstoffkugeln explodieren, noch könnten aus den Castor-Behältern gefährliche Stoffe entweichen.

Und auch im Lager in Ahaus versichern sie, dass alles sicher sei. „Wir lagern hier seit dreißig Jahren Atommüll“, sagt David Knollmann, der Sprecher der Betreibergesellschaft BGZ. „In diesen dreißig

Jahren hat es keine Unfälle oder Störfälle gegeben. So, wie wir es hier machen, funktioniert es.“ In der riesigen Halle, 196 mal 38 Meter groß und 19 Meter hoch, muss man auf eine Aussichtsplattform steigen, um die Dimensionen zu verstehen. Von oben hat man die 305 gelben Fässer, die hier schon aus anderen Kraftwerken stehen, gut im Blick. Akkurat aufgereiht und immer zwei aufeinandergestapelt. Sie nehmen vielleicht ein Viertel der Fläche ein. Selbst wenn bald die 152 Fässer aus Jülich kommen, wäre immer noch genug Platz für noch viel mehr Atommüll.

Drinnen ist es an diesem Vormittag im Oktober kalt und still. Nur draußen ist Betrieb, ein Bagger schaufelt Schutt weg. Die Betreibergesellschaft hat zwischen die Außenzäune und die doppelt gezogene Wand der Lagerhalle zwei monströse Schranken gebaut. Jetzt müssen sie noch schnell neu asphaltieren. Dann können die 130-Tonner mit ihrer strahlenden Fracht kommen. Die Bürgerinitiative hat schon zum Protest aufgerufen, für den neuen Tag X.

Wörter:	2.835	Jahrgang:	2025
Autor/-in:	Von Christoph Koopmann	Nummer:	252
Seite:	3 bis 3	Ausgabe:	Hauptausgabe
Rubrik:	DIE SEITE DREI	Auflage ¹ :	81.025 (gedruckt) 107.327 (verkauft)
Medienkanal:	PRINT		110.147 (verbreitet)
Mediengattung:	Tageszeitung		
Medientyp:	PRINT	Reichweite ² :	0,4169 (in Mio)

¹ von PMG gewichtet 10/2025

² von PMG gewichtet 7/2025